

Gestützt auf Art. 17 Absatz 3 des IBC-Gesetzes vom 27. November 2005 (RB 811), erlässt der Verwaltungsrat der IBC die nachfolgenden Allgemeinen Bedingungen.

Allgemeine Bedingungen (AB)

Für Abrechnungsdienstleistungen ZEV / vZEV

1 Gegenstand

Diese allgemeinen Bedingungen (AB) regeln die gegenseitigen Rechte und Pflichten zwischen der IBC Energie Wasser Chur (IBC) und der Grundeigentümerschaft / ZEV-Vertreter beim Abschluss eines Dienstleistungsvertrages ZEV hinsichtlich der Messung und/oder der Abrechnung des Stromverbrauches der Teilnehmer eines Zusammenschlusses zum Eigenverbrauch oder eines virtuellen Zusammenschlusses zum Eigenverbrauch (nachfolgend beide ZEV genannt).

Entgegenstehende oder von diesen AB abweichende Bedingungen der Grundeigentümerschaft gelten als wegbedungen, soweit diese im Dienstleistungsvertrag nicht ausdrücklich für anwendbar erklärt werden. Im Falle eines Widerspruches zwischen den AB und den Bestimmungen des Dienstleistungsvertrages geht der Dienstleistungsvertrag diesen AB vor.

Die IBC ist berechtigt, die vorliegenden AB anzupassen. Allfällige Anpassungen werden dem ZEV-Vertreter in geeigneter Form mitgeteilt.

Nicht Gegenstand des Dienstleistungsvertrages und damit der vorliegenden AB sind folgende Leistungen:

– Anmeldung des ZEV

Die Anmeldung des ZEV muss durch die Grundeigentümerschaft beim lokalen Verteilnetzbetreiber erfolgen. Erst nach Bestätigung des ZEV's mit dazugehörigem Messkonzept durch den lokalen Verteilnetzbetreiber kann ein Dienstleistungsvertrag abgeschlossen werden. Für den Abschluss des Vertrages sendet die Grundeigentümerschaft der IBC eine Bestätigung der ZEV-Anmeldung des lokalen Verteilnetzbetreibers zu. Sollte der ZEV nach Bestätigung seine Rechtsgültigkeit verlieren oder aus anderen Gründen nicht mehr abgerechnet werden können, hat die IBC das Recht, den Dienstleistungsvertrag mit sofortiger Wirkung zu kündigen. Die Grundeigentümerschaft ist für den Fortbestand des ZEV verantwortlich.

– Energielieferung

Für die Energielieferung aus den eigenen Energieerzeugungs-Anlagen (mit der damit verbundenen Installation der Anlagen oder der Beauftragung eines Contractors) und aus dem Verteilnetz ist die Grundeigentümerschaft verantwortlich.

– Interne Organisation des ZEV

Die Grundeigentümerschaft ernennt einen ZEV-Vertreter, welcher die Korrespondenz mit der IBC während der Vertragsdauer führt, und stellt sicher, dass dieser zur Vertretung des ZEV legitimiert ist.

– Festlegen des Preises für den Eigenverbrauch

Die Grundeigentümerschaft ist für das nach den jeweils gültigen regulatorischen Bedingungen korrekte Berechnen und Festlegen des Preises für die vor Ort erzeugte und selbst verbrauchte

Energie verantwortlich und teilt Änderungen gegenüber dem im Vertrag festgelegten Anfangswert der IBC über das bereitgestellte Kundenportal mit. Änderungen an diesem Preis sind jeweils auf das nächste Quartal möglich. Bezüglich der Berechnung sind die Vorgaben von Art. 16b der Energieverordnung (EnV) zu beachten. Die IBC stellt den angegebenen Preis für den Eigenverbrauch den am ZEV teilnehmenden Eigentümern, Mieter und Pächter in Rechnung und vergütet die damit erzielten Einnahmen auf ein durch den ZEV-Vertreter angegebenes Konto. Alternativ kann eine automatische Preisanpassung an den Netzstrompreis durch die IBC durchgeführt werden. Die Details dazu sind in Ziff. 2.4 beschrieben.

– Verteilung der Einnahmen

Die Grundeigentümerschaft organisiert die Auszahlung der Einspeisevergütung für die in das öffentliche Stromnetz eingespeiste Energie mit dem lokalen Verteilnetzbetreibers eigenständig auf ein Konto der Grundeigentümerschaft oder eines von ihr benannten Vertreters. Die Grundeigentümerschaft ist für die Verteilung der Einnahmen aus dem Eigenverbrauch und der Einspeisevergütung unter den Grundeigentümern und/oder einem Contractor zuständig.

2 Dienstleistungserbringung

2.1 Technische Voraussetzungen

Als Grundlage für die Erbringung der Dienstleistungen gilt das Vorhandensein einer geeigneten und korrekt angeordneten Messinfrastruktur innerhalb des ZEV. Diese liegt in der Verantwortung der Grundeigentümerschaft. Die Lieferung und der Einbau der Zähler erfolgt durch die IBC, und die Zähler bleiben im Eigentum der IBC.

Bei Beendigung des Vertrages baut die IBC bei ZEV mit physischer Hauptmessung die Zähler wieder aus. Wird der Vertrag durch die Gebäudeeigentümer aufgelöst oder eine Vertragsauflösung ohne Verschulden der IBC notwendig, wird der Aufwand für den Ausbau sowie der Restwert der Zähler den Grundeigentümern in Rechnung gestellt. Für die Berechnung des Restwertes wird der Anschaffungswert der Zähler über 10 Jahre abgeschrieben. Bei virtuellen ZEV verbleiben die Zähler vor Ort und die IBC ist weiterhin für die Messung und Messwertebereitstellung verantwortlich.

Sollte der Vertragspartner während der Dauer des Vertrages Änderungen an der Messinfrastruktur vornehmen, so haftet die IBC nicht für allfällige daraus resultierende Schäden. Die regulatorisch vorgeschriebene Nacheichung der Zähler erfolgt durch die IBC auf eigene Kosten.

2.2 Einbau der Zähler

Virtuelle ZEV können ausschliesslich mit Smart-Metern der IBC ausgestattet werden. Bei ZEV mit physischer Hauptmessung können sowohl Smart-Meter wie auch Hutschienen-Zähler eingesetzt werden. Smart-Meter werden durch die IBC vor Ort nach Fertigstellung und Abnahme der Elektroverteilung installiert. Hutschienenzähler werden einem durch die Grundeigentümerschaft beauftragten Unternehmen für den Einbau auf Kosten der Grundeigentümerschaft zugestellt. Für die Messdatenübermittlung stellt die Grundeigentümerschaft der IBC unentgeltlich einen Internet-Zugang zur Verfügung.

2.3 Messung und Berechnung

Die Messung der Verbrauchs- und Bezugsdaten erfolgt in viertelstündlicher Auflösung, richtungsgetreuen und phasensaldierend. Die Auslesung und Berechnung erfolgen jeweils quartalsweise.

2.4 Automatische Preisanpassung an den Netzstromtarif

Die ZEV-Vertreter kann anstelle einer fixen Angabe des Eigenstrompreises eine automatische Preisanpassung wählen. Für die automatische Preisanpassung gemäss Art. 16b Abs. 2-3 der Energieverordnung (EnV) verwendet die IBC die folgende Formel:

$$\text{Tarif Eigenstrom} = (\text{Tarif Total Elcom (H4)} - \text{Messtarif Elcom (H4)}) * 80\%$$

Sollte in Zukunft die korrekte Berechnung des Eigenstromtarifs gemäss Art. 16b Abs. 2-3 EnV anders beurteilt werden, haftet die IBC nicht für die Richtigkeit der Formel in bereits erstellten Rechnungen und korrigiert diese nur gegen Entschädigung des Aufwandes.

Bei Änderungen der Art. 16b Abs. 2-3 EnV wird die Formel automatisch an die neuen Bedingungen angepasst.

2.5 Mutationen während der Vertragslaufzeit

Die Grundeigentümerschaft hat der IBC Mutationen innerhalb des ZEV, insbesondere ein Wechsel des Vertreters oder das Ausscheiden von Grundeigentümern und/oder Mietern und Pächtern gemäss Art. 18 Abs. 2 EnV unverzüglich, spätestens jedoch innerhalb eines Monats mitzuteilen. Kommt sie dieser Mitteilungspflicht nicht nach, so schuldet sie der IBC weiterhin das auf die ausscheidende Partei entfallende Entgelt und haftet gegenüber der IBC darüber hinaus für entstehende Schäden. Mutationen, welche die Anzahl Teilnehmer oder Ausbauten der Teilnehmer betreffen, werden gemäss Preisliste Netzdienstleistungen Strom der Grundeigentümerschaft verrechnet.

Ein Wechsel des Eigenstrompreises resp. ein Umstieg zwischen fixem und berechnetem Eigenstrompreis kann jeweils im Kundenportal (vergl. Ziff. 8) auf das Folgequartal oder das Folgejahr angepasst werden.

3 Rechnungsstellung und Mehrwertsteuer

Die IBC versendet quartalsweise im Auftrag des ZEV eine Rechnung an alle Teilnehmer. Auf der Rechnung weist die IBC jeweils die Kosten für die Abrechnung, die Messung, den Strombezug aus dem öffentlichen Stromnetz sowie den durch die Grundeigentümerschaft festgelegten Eigenstromtarif aus.

Vor Vertragsabschluss muss die Grundeigentümerschaft der IBC mitteilen, ob der ZEV sowie der PV-Anlageneigentümer mehrwertsteuerpflichtig sind. Abhängig von der Mehrwertsteuerpflicht der ZEV-Grundeigentümerschaft beziehungsweise des PV-Anlagenbesitzers werden die Tarife für Netzbezug und Eigenstrom entweder mit oder ohne Mehrwertsteuer verrechnet.

Der ZEV-Vertreter ist für die korrekte Bekanntgabe der entsprechenden Angaben verantwortlich. Änderungen des steuerlichen Status nach Vertragsabschluss sind der IBC unverzüglich schriftlich mitzuteilen.

4 Inkasso

Schliesst die Grundeigentümerschaft mit der IBC einen Dienstleistungsvertrag ab, so gibt sie der IBC eine Inkasso-Vollmacht gegenüber den dem ZEV angehörenden Grundeigentümern und den daran teilnehmenden Mietern und Pächtern. Die Grundeigentümerschaft ermächtigt und verpflichtet die dem ZEV angehörenden Grundeigentümer und die daran teilnehmenden Mieter und Pächter, die von der IBC in Rechnung gestellten Forderungen mit befreiender Wirkung an die IBC zu leisten. Die IBC ist berechtigt, im Rahmen des voraussichtlichen Energiebezugs Teilrechnungen zu stellen. Die IBC ist auch berechtigt, Sicherstellungen für vergangene und/oder zukünftige Lieferungen zu verlangen (Vorauszahlungen, Depot usw.).

Zulässige Inkassomassnahmen sind insbesondere der Einbau eines Prepaid-Messzählers bzw. das Umschalten eines Smart Meters in den Prepaid-Modus sowie die Einstellung der Stromlieferung. Die IBC verpflichtet sich, diese Massnahmen erst bei wiederholtem Zahlungsverzug anzuordnen. Prepaid-Messzähler können so eingestellt werden, dass ein angemessener Teil zur Tilgung bestehender Forderungen des Vertragspartners übrig bleibt. Es liegt in der Verantwortung des Vertragspartners, innerhalb des ZEV sicherzustellen, dass die dem ZEV angehörende Grundeigentümer und die daran teilnehmenden Mieter und Pächter über diese Inkasso-Vollmacht in geeigneter Weise informiert worden sind. Weiter stellt der Vertragspartner sicher, dass der IBC für die Umsetzung der Inkassomassnahmen Zutritt zu den jeweiligen Messstellen gewährt wird. Unterlässt er dies, so haftet er gegenüber der IBC für allfällige daraus resultierende Ausfälle.

5 Vergütung und Zahlungsbedingungen

Für das Erbringen der Dienstleistungen verrechnet die IBC die im jeweiligen Dienstleistungsvertrag oder in einem dort erwähnten Tarifblatt festgelegte Gebühren. Diese werden jedem ZEV-Teilnehmer direkt in Rechnung gestellt. Der Vertragspartner verpflichtet die Teilnehmer zur Bezahlung dieser Gebühren und haftet bei Unterlassung für die Höhe der Gebühren der Teilnehmer.

5.1 Beginn der Zahlungspflicht

Die Teilnehmer haben die Rechnungen spätestens innert 30 Tagen seit Rechnungsstellung zu bezahlen. Bei Nichtbezahlung innert Frist sind die betroffenen Teilnehmer ohne weiteres in Verzug.

5.2 Zahlungsverzug

Die IBC stellt den gesetzlichen Verzugszins von 5 % pro Jahr in Rechnung. Für die Ausstellung von Mahnungen können Gebühren erhoben werden. Die IBC ist bei Zahlungsverzug zudem berechtigt, nach erfolgter schriftlicher Mahnung mit angemessener Nachfristansetzung und Androhung der Säumnisfolgen sämtliche vertraglichen Leistungen vorübergehend und ohne Entschädigungspflicht einzustellen. Alle Kosten inkl. Mahngebühren, die der IBC im Zusammenhang mit der Eintreibung der säumigen Guthaben entstehen, gehen zu Lasten des Vertragspartners. Die Grundeigentümer haften untereinander solidarisch.

6 Haftung der IBC

Die IBC haftet für den direkten Schaden, der von ihr in Erfüllung des jeweiligen Dienstbarkeitsvertrages vorsätzlich oder grobfahrlässig verursacht wurde. Weitere Haftungsansprüche sind hiermit, soweit gesetzlich zulässig, ausdrücklich ausgeschlossen. Die IBC schliesst insbesondere jede Haftung für indirekte Folgeschäden wie entgangener Gewinn, nicht realisierte Einsparungen, Ansprüche Dritter oder Schäden infolge von Datenverlusten im Rahmen des gesetzlich Zulässigen aus. Die IBC haftet nicht, soweit sie darlegt, dass sie die nach den Umständen gebotene Sorgfalt angewendet hat, um einen solchen Schaden zu verhüten, oder dass der Schaden auch bei Anwendung dieser Sorgfalt eingetreten wäre.

Die IBC schliesst zudem jede Haftung für Schäden aufgrund Nichterfüllung gesetzlicher oder vertraglicher Pflichten des Vertragspartners aus.

Die IBC haftet nicht für unvorhersehbare Ereignisse wie höhere Gewalt, Regierungsmassnahmen und Ausfall von Telekommunikationsverbindungen sowie weitere unvermeidbare Störungen und Vorfälle, die sich ausserhalb des Einflussbereichs der IBC befinden und für welche die IBC nicht verantwortlich ist.

7 Datenschutz

Die IBC wird im Rahmen der Erfüllung des Dienstleistungsvertrages Verbrauchsdaten zum Zwecke der Abrechnung bearbeiten und dabei auch die Kontaktdaten der angehörenden Grundeigentümer und daran teilnehmenden Mieter und Pächter zwecks Zustellung der Rechnungen und Erfüllung des

Inkassomandats verwenden. Darüber hinaus wird die IBC die ihr bekannten Personendaten verwenden, um den Vertragspartner über neue, seinen Bedürfnissen entsprechende Produkte und Dienstleistungen zu informieren. Die IBC wird die ihr im Rahmen des Vertragsverhältnisses bekanntgegebenen Personendaten selbst bearbeiten. Die Bearbeitung durch einen Auftragsbearbeiter ausserhalb der IBC würde dem Vertragspartner vorgängig angezeigt. Die Daten werden in der Schweiz oder in Ländern mit adäquatem Schutzniveau gemäss Liste des Bundes bearbeitet (inkl. Cloud-Lösungen). Mit der Unterzeichnung eines Dienstleistungsvertrages erklärt der Vertragspartner, dass die dem ZEV angehörenden Grundeigentümer und die daran teilnehmenden Mieter und Pächter mit dieser Datenbearbeitung einverstanden sind. Er bestätigt, ihnen zu diesem Zweck ein Exemplar der vorliegenden AB ausgehändigt zu haben.

Für Fragen zum Thema Datenschutz und zur Geltendmachung damit verbundener Rechte (Auskunft, Löschung, Berichtigung) können der Vertragspartner und die dem Zusammenschluss angehörenden Grundeigentümer und die daran teilnehmenden Mieter und Pächter sich an den Datenschutzbeauftragten der IBC wenden.

8 Kundenportal

Die IBC stellt dem Kunden ein Online-Kundenportal zur Verfügung, in dem Verbrauchsdaten grafisch aufbereitet und einsehbar sind.

Im Kundenportal werden die Verbrauchsdaten jeweils mit einer Auflösung von 15 Minuten und mit einem Tag Verzögerung angezeigt. Spätestens am 15. Arbeitstag eines Monats werden die Daten aller Teilnehmer plausibilisiert angezeigt. Der ZEV-Vertreter ist für die Verwaltung und Freigabe der geteilten Teilnehmerdaten verantwortlich.

Einsicht in die ZEV-Überschussmessung hat jeweils nur der ZEV-Vertreter. In der Übersicht werden alle Produktionsanlagen, die Hauptmessung (Übergabemessung) sowie alle Teilnehmenden angezeigt.

Ein Wechsel der Benutzerrechte im Kundenportal – insbesondere, wenn sich der ZEV-Vertreter ändert – muss der IBC im Voraus mitgeteilt werden.

Produktionsmessungen (Solar): Grundsätzlich wird die produzierte Energie der Solaranlagen durch den ZEV gemessen und der Messwert für die Abrechnung verwendet. Falls dies nicht der Fall ist, wird die produzierte Energie rechnerisch ermittelt. Bei berechneten Produktionswerten oder wenn die Produktionsmessung der Gesamtmessung entspricht, ist zu beachten, dass die dargestellte Produktionsmenge wie auch der dargestellte Autarkiegrad nicht der effektiven Produktionsmenge entspricht.

9 Elektromobilität

Ladestationen, welche sich innerhalb eines physischen ZEV befinden und durch die IBC abgerechnet werden, erhalten dieselben Tarife (Netzbezug und Solarstrom) wie ein ZEV-Teilnehmer. Ladestationen, welche sich in einem virtuellen ZEV befinden, werden mit dem Strompreis gemäss Preisblatt Abrechnungsdienstleistungen E-Mobilität abgerechnet.

10 ZEV-Vertreter und Übertragung auf einen Rechtsnachfolger

Der ZEV-vertreter bestätigt mit Unterzeichnung des Dienstleistungsvertrages, von den Eigentümerin zur Vertretung gehörig bevollmächtigt zu sein. Für allfällige Zusatzaufwendungen und Kosten, welche aus einer nicht gehörigen Vertretung resultieren, ist der ZEV-Vertreter verantwortlich.

Sowohl die IBC als auch der Vertragspartner sind verpflichtet, das Vertragsverhältnis mit allen Rechten und Pflichten auf einen allfälligen Rechtsnachfolger zu übertragen. Eine solche Übertragung ist der anderen Vertragspartei umgehend mitzuteilen. Jede Vertragspartei kann einen Rechtsnachfolger

ablehnen, wenn dieser nicht in der Lage ist, den Vertrag zu erfüllen. Die Kunden haften gegenüber der IBC für allfälligen Schaden, welcher durch eine Verletzung der Überbindungs- und/oder Informationspflichten entsteht.

11 Schriftform

Für den Dienstleistungsvertrag, für dessen Änderungen und für allfällige Nachträge ist die Schriftform Gültigkeitserfordernis.

12 Teilnichtigkeit

Sollten sich einzelne Bestimmungen oder Teile des Dienstleistungsvertrags als nichtig oder unwirksam erweisen, so wird dadurch die Gültigkeit des Dienstleistungsvertrags im Übrigen nicht berührt. Die Vertragspartner werden in einem solchen Fall den Dienstleistungsvertrag so anpassen, dass der ursprünglich von den Vertragsparteien angestrebte Zweck so weit als möglich erreicht wird.

13 Aussergewöhnliche Umstände

Sollten aussergewöhnliche Umstände, welche von den Parteien bei der Unterzeichnung des Dienstleistungsvertrags nicht vorausgesehen werden konnten, die Erfüllung des Dienstleistungsvertrags übermässig erschweren und kann die Erfüllung billigerweise nicht mehr zugemutet werden, haben die Parteien die betreffenden Bestimmungen in Treu und Glauben durch solche zu ersetzen, welche den ursprünglichen Absichten der Vertragsparteien und dem beabsichtigten Zweck des Vertrages so nahe wie möglich kommen. Als aussergewöhnlich gelten insbesondere nicht vorhersehbare Änderungen des gesetzlichen und regulatorischen Rahmens sowie der Rechtsprechung im Zusammenhang mit dem Zusammenschluss zum Eigenverbrauch.

14 Anwendbares Recht und Gerichtsstand

Es gilt schweizerisches Recht. Für sämtliche Streitigkeiten aus oder im Zusammenhang mit dem Dienstleistungsvertrag gilt Chur als Gerichtsstand.

15 Inkrafttreten

Diese AB treten am 1. Januar 2026 in Kraft.